

DER SPIEGEL 47/2007 vom 19.11.2007, Seite 48

Autoren: Matthias Bartsch, Markus Deggerich und Per Hinrichs

GRÜNE

Wohin mit der Sonnenblume?

In der Chefetage der Grünen herrscht Angst vor der Basis. Doch zum Parteitag in Nürnberg ist die genauso orientierungslos wie ihr Führungspersonal.

In wenigen Tagen wollen sie endlich mal wieder feiern. "25 Jahre Grüne im Hessischen Landtag" steht auf der Einladung zum Festakt am 30. November. Die Chefin der Bundestagsfraktion, Renate Künast, wird reden, "Partymusik von den Achtzigern bis heute" ist angedroht, und sicher werden auch die angestaubten Anekdoten zu hören sein, über eine legendäre Ministervereidigung in Turnschuhen, über Abgeordnetenrotation und den Kampf gegen die Hanauer Atomfabriken. Viele Seufzer wird es geben über Zeiten, als die Welt noch in Ordnung war: Die Grünen waren die Guten, die Etablierten ein leicht auszumachender Gegner.

Für die grüne Selbstbeweihräucherung gibt es keinen besseren Ort als Frankfurt: Von dort startete einst Joschka Fischer seinen langen Marsch in Richtung Macht. Und wenn die Macht im Bund auch längst verlorenging, hier in Frankfurt regiert man wenigstens noch. In der Hauptstadt des Kapitals ist zur Normalität geworden, was vor einem Vierteljahrhundert noch undenkbar schien: Eine schwarz-grüne Koalition sitzt im Rathaus der Stadt. "Die Grünen", sagt der hessische Partei- und Fraktionschef

Tarek Al-Wazir, 36, abgeklärt, "haben sich natürlich sehr verändert. Aber die Gesellschaft um uns herum eben auch."

Einer wie Robert Zion, 41, will so viel grünen Wandel nicht einfach hinnehmen. Der Mann aus Gelsenkirchen hatte den Sonderparteitag zum Afghanistan-Einsatz Mitte September durchgesetzt und die Parteioberen das Fürchten gelehrt. Seitdem reist er als Held des linken Teils der Basis durch die Republik. Der gelernte Koch und diplomierte Sozialwissenschaftler war erst 2002 bei den Grünen eingetreten - zu einer Zeit, als andere der Partei den Rücken kehrten, desillusioniert von der Regierungsbeteiligung in Berlin. Während die Gründergeneration in einem schmerzhaften Prozess gelernt hatte, regierungsfähig zu werden, wollen Leute wie Zion zurück zu den Wurzeln. "Wir müssen", fordert er, "die Oppositionsfähigkeit wieder lernen."

Es liegen Welten zwischen Tarek Al-Wazir und Robert Zion, zwei Männern einer Parteibasis, die für die Führung zur großen Unbekannten geworden ist, die ihren Leuten im Bundestag das Leben schwer macht. Seit dem Desaster von Göttingen, als die Delegierten die Vorlagen der Führung zu Afghanistan einfach wegfeigten, herrscht in der Grünen-Führung schlicht Angst vor ihren eigenen Anhängern.

Diese Woche kommen die Grünen erneut zu einem Parteitag zusammen. Und nicht noch einmal wollen sich die Vorsitzenden Claudia Roth und Reinhard Bütikofer vorführen lassen. Sie haben deshalb aus den Anträgen tilgen lassen, was die Basis allzu sehr reizen könnte. Aus dem Antrag "Grüne Marktwirtschaft" wurde gestrichen, was zu marktliberal klang. Nun ist in dem Papier oft vom "Staat" und von notwendiger "Regulierung" die Rede.

Auch die Hartz-Gesetze, einst mitgetragen von den Grünen, sollen reumütig überprüft werden. Ob das der Basis reichen wird? Ob sie so zu ködern ist wie früher, als die Lager klare Konturen hatten? Längst verlaufen die Linien bei den rund 45 000 Mitgliedern nicht mehr zwischen Realos und Fundis, zwischen oben und unten. Die Individualisierung hat die Partei voll erfasst und schleichend verändert.

"Nur aus Erzählungen alter Parteifreunde" kennt eine wie Christa Goetsch, 55, Flügelkämpfe wie in den achtziger und neunziger Jahren. Erst seit 1995 ist sie Mitglied

der Partei, inzwischen Fraktionsvorsitzende in der Hamburger Bürgerschaft. Stolze 13 Prozent oder mehr prognostizieren die Umfragen den einst radikalsten Grün-Alternativen der Republik für die kommende Bürgerschaftswahl im Februar.

Vor allem junge Akademiker, Frauen und Familien wenden sich der Partei zu, die ehemals Hochburg der Fundis war. "Wir hatten immer eine starke bürgerliche Komponente", sagt Goetsch, "das haben wir nie verleugnet." Selbst mit dem CDU-Bürgermeister Ole von Beust, der seine Partei mit einem Klimaschutzprogramm auf neue Zeiten einstimmt, wäre ein Bündnis wohl möglich. "Wir werden sicher mit denen reden, wenn die das wollen",

sagt die Grüne selbstbewusst.

Doch so verlockend für die einen die Aussicht auf Schwarz-Grün in Hamburg erscheint, so sehr steht sie im Kontrast zu den Planspielen mancher Parteioberen für die kommenden Wahlkämpfe. Fraktionsvize Jürgen Trittin sieht die Republik vor einem Lagerwahlkampf alter Schule. "Eher links" müssten die Grünen sein, schwarzgrüne Gedankenspiele hält er für illusorisch. Wähler würden sie als "Zockerei" abstrafen. Trittins Skepsis hat sich bis nach Hamburg herumgesprochen, doch jegliche Einmischung wird selbstbewusst zurückgewiesen. Man werde selbst entscheiden, welches Bündnis gut für die Stadt sei.

Nach Jahren der Gefolgschaft lotet die Basis den neuen Freiraum aus, das Machtvakuum nach dem Rückzug Joschka Fischers. Die Landesverbände lassen sich nicht mehr nach dem alten Fundi-Realo-Muster einordnen. Der Parteitageantrag für ein Grundeinkommen von 420 Euro im Monat stammt aus der alten Realo-Hochburg Baden-Württemberg. Im traditionell linken Landesverband Berlin hingegen findet das Grundeinkommen keine Mehrheit.

Doch die grüne Vielfalt erhöht nicht die Anziehungskraft der Partei. Nur noch neun Parteifreunde sitzen Dienstagabend in Frankfurt am Main, beim Treffen der Stadtteilgruppe "Nordend". Das Licht ist gemütlich gedimmt, auf den Köpfen der meisten Anwesenden dominiert die Farbe Grau. Der Abend wird eröffnet von Jörg Harraschain, er ist 65 Jahre alt und stellt sich als "Dorfältester" vor. Die Sitzungen der Stadtteilgruppe sind noch immer öffentlich, jeder kann, wie früher in besten Sponti-Zeiten, einfach dazukommen, mitdiskutieren. Das Angebot nimmt jedoch kaum noch jemand an. Vor allem die ganz Jungen ließen sich nicht mehr oft bei ihnen blicken, räumt Matthias Weber ein, der "Nordend"-Vorsitzende: "Wir müssen aufpassen, dass wir nicht überaltern."

Aber womit sollen sie auch werben? Traditionellen Grünen wurde in den vergangenen Monaten viel zugemutet: Erst verprellte die Parteispitze durch abfällige Bemerkungen über Ostermärsche die Friedensbewegten. Dann mussten sie mitansehen, wie sich bei den Protesten gegen den G-8-Gipfel Lafontaines Linke in der außerparlamentarischen Opposition breitmachte.

In ihrer Hilflosigkeit versuchen die Grünen, sich alle Optionen offenzuhalten. Bei so widerstrebenden Interessen ist es den Parteioberen fast unmöglich, einen Kurs zu finden, der die Basis mitnimmt - und die Wähler nicht ratlos lässt. Parteichefin Roth und Fraktionsvize Jürgen Trittin vermuten die Mehrheit eher links, Fraktionschef Fritz Kuhn und Parteiführer Bütikofer setzen auf eine moderne Mitte, die Fraktionsvorsitzende Künast versucht, alle Lager gleichzeitig zu bedienen.

Irritiert beobachtet Marcus Bocklet diese Farbenspiele von Frankfurt aus. Er war jung, als er 1981 zu den Grünen kam, gerade mal 17. Bocklet erhielt den Mitgliedsausweis mit der Nummer 45: "Ich war noch vor Joschka Fischer und Dany Cohn-Bendit da", sagt er stolz. Anfangs wollte er in die Parlamente ziehen, nur um die "Großen" zu provozieren, keinesfalls um selbst zu regieren. Inzwischen ist er mit 43 zum "Realo" mutiert, verteidigt sogar die schwarz-grüne Koalition in Frankfurt: "Gerade die jungen Leute sagen uns, dass sie kluge politische Entscheidungen wollen, keine ideologischen Scheuklappen."

Aber wenn Bocklet gefragt wird, ob er heute, wäre er noch einmal 17, wieder bei den Grünen eintreten würde, kommt er ins Schleudern. "Hmm, gute Frage", sagt Bocklet, "vielleicht eher bei Greenpeace." Dann aber setzt er - vielleicht weil in Hessen demnächst gewählt wird - schnell noch nach: "Oder doch bei den Grünen."

Die wollen sich beim Parteitag in Nürnberg ein neues Gesicht geben. Etwas zum Wiedererkennen. Etwas zur Orientierung, ein neues Logo. Doch selbst dabei mögen die Chefs keine Niederlage mehr riskieren: Gleich drei Entwürfe stehen zur Wahl. Wo die knallgelbe Sonnenblume auf blaugrünem Grund leuchten soll, eher links, eher rechts, darf die Basis entscheiden.

MATTHIAS BARTSCH, MARKUS DEGGERICH,

PER HINRICHS

* Am 15. September in Göttingen.

DER SPIEGEL 47/2007

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG.

Dieser Artikel ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt. Sie dürfen diesen Artikel jedoch gerne verlinken.
Unter <http://corporate.spiegel.de> finden Sie Angebote für die Nutzung von SPIEGEL-Content zur Informationsversorgung von Firmen, Organisationen, Bibliotheken und Journalisten.
Unter <http://www.spiegelgruppe-nachdrucke.de> können Sie einzelne Artikel für Nachdruck bzw. digitale Publikation lizenzieren.